

Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher-
und Klimaschutz

**Feststellung des Nichtbestehens der Pflicht zur Durchführung einer
Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben Plangenehmigung zum „Neubau
Ausgang I des U-Bahnhofs Zitadelle – U-Bahnlinie U7 –
(Projekt A27379)“**

Bekanntgabe vom 17. Oktober 2022

SenUMVK IV E1-2021-0041

Telefon: (030) 9025-1429/1447 oder (030) 9025-0, intern 925-1429/1447

Am 28. September 2022 beantragten die Berliner Verkehrsbetriebe Anstalt des öffentlichen Rechts, Holzmarktstraße 15-17, 10179 Berlin im Rahmen des oben angegebenen Bauvorhabens die planrechtliche Genehmigung des Vorhabens nach § 28 Abs. 1 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG).

Bei dem Vorhaben handelt es sich um den Einbau eines Ausgangs zur weiteren Erschließung des U-Bahnhofs Zitadelle der U-Bahnlinie 7 mit indirekter Verbindung der Richtungs- bzw. Seitenbahnsteige zum öffentlichen Straßenland. Der Einbau des Ausgangs wird unter Fahrbahnflächen und unbefestigten Sandflächen in Mittellage der Straße Am Juliusturm realisiert. Die Bauarbeiten werden im Grundwasserbereich ausgeführt. Im Einflussbereich der Grundwasserabsenkung sind keine grundwasserabhängigen Ökosysteme vorhanden. Mit dem Einbau des Ausgangs wird ein zusätzliches Element geschaffen, so dass die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege in Form der Veränderung des Gesamtbildes des U-Bahnhofes berührt sind, jedoch nicht die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung auslösen.

Für das vorliegende Änderungsvorhaben erfolgte nach § 9 Abs. 3 Nr. 2 und § 7 Abs. 1 S. 1 UVPG i.V.m. Nummer 14.11 der Anlage 1 UVPG eine allgemeine Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht, um zu ermitteln, ob die geplanten Änderungen erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen können.

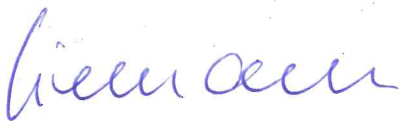
Im Rahmen dieser allgemeinen Vorprüfung wurde nach überschlägiger Prüfung der vorliegenden Unterlagen (Erläuterungsbericht, Pläne und Gutachten sowie der Stellungnahmen des Landesdenkmalamtes sowie der Wasserbehörde) und unter Berücksichtigung der in Anlage 3 aufgeführten Kriterien gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 3 UVPG von Amts wegen festgestellt, dass von dem Änderungsvorhaben nach § 9 Abs. 3 S. 2 i.V.m.

§ 7 Abs. 1 S. 3 UVPG keine entscheidungserheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die nach § 25 Abs. 2 UVPG zu berücksichtigen wären. Zudem werden von der Vorhabenträgerin Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen umgesetzt, die die vorgesehenen Beeinträchtigungen vermindern, sodass die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist.

Die Feststellung des Nichtbestehens der Pflicht zur Durchführung einer UVP gemäß § 5 Abs. 1 des UVPG ist der Öffentlichkeit ausschließlich über das zentrale Internetportal (<https://www.uvp-verbund.de/be>) bekannt zu geben. Damit wird die nach § 5 Abs. 2 UVPG notwendige Bekanntgabe bewirkt.

Die Feststellung ist gemäß § 5 Abs. 3 S. 1 UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

Im Auftrag



Dr. Liemann

Stellv. Leiter der Planfeststellungsbehörde

Rechtsgrundlage

Personenbeförderungsgesetz (PBefG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. August 1990 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. April 2021 (BGBl. I S. 822)

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147)